

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 20 Pfg. — Postcheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 2290.

Nr. 76

Dienstag, den 30. März 1920

11. Jahrgang

Reichskanzler Müller gegen die Hochverräter

Das Programm der neuen Regierung.

In der gestrigen Sitzung nahm die Regierung Müller Gelegenheit, vor dem Hause ihr Programm zu entwickeln. Dabei rechnete der neue Reichskanzler mit den Putschisten besonders scharf ab.

Reichskanzler Müller:

Die neue Regierung ist getragen von den gleichen Partein wie die alte und steht somit auf dem einzigen tragfähigen Boden, der in Deutschland möglich ist. Wer mit Kapp gemeinschaftliche Sache gemacht hatte, muß verschwinden. Mit eisernem Befehl muß ausgekehrt werden. (Zuruf: Aber schnell!) Eine demokratische Regierung ohne Demokraten ist eine inner- und außerpolitische Gefahr. Wir haben Demokraten, sie müssen aber nur an die richtige Stelle gesetzt werden. Der Reichswirtschaftsrat wird schnellstens geschaffen werden, ebenso werden die anderen in Angriff genommenen Gesetze schnellstens fertiggestellt werden. Die Wirtschaftszweige, die dazu reif sind, sind in öffentliche Verwaltung oder Kontrolle zu nehmen. Elektrizität, Kohle und Kali sind die ersten hierher fallenden Gegenstände. Für die Landwirtschaft muß künstlicher Dünger geschaffen werden.

Die neue Regierung übernimmt das Programm der alten: Demokratisierung der Verwaltung unter voller Wahrung der Rechte der verfassungstreuen Beamten, die Auflösung ungetreuer Heeresformationen und an deren Stelle Schaffung neuer Verbände, die als wahrhafte, keinen Stand ausschließende Volkswehr bezeichnet werden kann. Alles dieses unter Beteiligung der Organisationen der schaffenden Stände muß unsere große bald zu lösende Aufgabe sein. Wir werden sie rücksichtslos und entschlossen durchführen. Der Ausbau der sozialen Gesetzgebung ist dringend geboten. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Großzügige Durchführung der Fürsorge für die Kriegswaisen ist unsere heiligste Pflicht. (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Das Befolgungsgesetz für die Kriegsbeschädigten und Zurückgebliebenen ist fertiggestellt. Fürsorge für Arbeiter und Ungeheilte muß geschaffen werden, indem das Arbeiter- und das Beamtenrecht schleunigst durchgeführt werden. Dieses muß sozial und freiheitlich ausgestaltet werden. Verwaltungsreform und Beamtenbefolgungsgesetz müssen alsbald ihren gesetzlichen Ausdruck finden. Die Regierung hofft, daß das wichtige und umfangreiche Arbeitsprogramm, das dasselbe wie das der alten Regierung ist, bald erledigt werden kann. Trotzdem wird die Arbeit der Nationalversammlung zeitig abgebrochen werden müssen, weil das Volk nach dem Staatsstreich mit den Kapp-Anhängern eine baldige Abrechnung durch Wahlen haben will. (Sehr richtig! links.)

Volle Erfüllung des Friedensvertrages. Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens und der Gemeinnützigkeit zwischen den Völkern. Heranholung aller Hilfskräfte und endgültiger Bruch mit allen Kriegsanschauungen in der Politik ist unsere Aufgabe. (Beifall.) Unser Kurs bleibt auch in der Zukunft derselbe der alte, weil er der richtige war. Die schleunigste Erdrosselung des Kapp-Putschismus erhöht das Vertrauen, und hätte uns die Entente nicht das Atmen fast unmöglich gemacht, so wäre die Zahl der Kappianer geringer gewesen. Gegenüber Millerand bemerke ich, die deutsche Regierung war bemüht, alles zu erfüllen, was überhaupt in ihrer Macht lag. Ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten mit Frankreich ist dringend geboten, ein sich verblutendes Deutschland ist Europas Ruin. Aus einigen Teilen des Ruhrreviers kommen Deputationen zur Regierung, um die Lage zu schildern. Wir verhandeln mit der Entente darüber, daß wir im Notfall für kurze Zeit etwas mehr Truppen in die gefährdeten Gebiete senden dürfen. Frankreich will das gestatten, wenn Frankreich dagegen Frankfurt, Darmstadt und andere Orte besetzen könnte. Dies weisen wir zurück. Wir wollen nur die Ruhe im Ruhrgebiet herstellen, auch um Frankreich die versprochenen Kohlen liefern zu können. (Beifall.)

Im Rahmen der deutschen Republik ist kein Platz für die Diktatur, komme sie, woher sie wolle. Der Putsch vom 13. März hat das deutsche Volk um die Freude über die Abstimmung in Schleswig gebracht. Wir sehen den anderen Abstimmungen mit Zuversicht entgegen. Ein Verbrechen am Reich und Volk ohne gleichen haben wir erlebt. Dummheit und Brutalität haben sich vereint. Die Hochverräter werden bestraft werden, ohne Rücksicht auf das Jureben von den Seiten, die allein die Verantwortung tragen. Die Machthaber des alten Regiments, die Parteien der Kriegsheter wollen der Regierung die Schuld zuschieben. Der Weg Kapp war auch der Weg der Rechten. Das beweisen die Stellungnahmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen (Sehr richtig!), unmittelbar nach dem Auftreten Kapps, die seinen Tadel für ihn enthielten. Das war Scheitern. Das Volk wird rechten zwischen ihnen und uns. Der Generallandtag war ein Vorspiel der kommenden Wahlen. Wo war das Volk des Kapp-Regiments? Die Mitschuld der Deutschnationalen zeigt sich in den Äußerungen des Grafen Westarp. (Lärm rechts.) Kapp, Jagow und Schiele waren ihre Mitlieder. (Lärm rechts: Waren! Rufe links: Ruhe!)

Zum preussischen Landwirtschaftsminister wurde Freiherr v. Wangenheim-M. Spiegl ernannt. Nachher zog sich die Rechte vom Hochverrat auf die Verfassung zurück. Gewiß haben sich die führenden Männer beider Rechtsparteien mit Entrüstung vom Hochverrat abgewandt. (Zuruf rechts: Wimmig! Lärm, Glöde des Präsidenten.) Aber zahlreiche Ihrer Provinzorganisationen haben sich Kapp mit Begeisterung angeschlossen. Sie können den Putsch nicht von sich abschütteln. (Zuruf rechts: Jamohl! — Lachen links.) Der Renegat Traub und die Demagogen der nationalsozialistischen Hege sind schuld. Ich klage sie im Namen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes an, zum zweitenmal den Krieg verloren zu haben. Das Volk war an dem Putsch nicht beteiligt, nur deutschnationale Hochverräter und verführte Soldaten.

Nach lange wird Deutschland unter dem Wahnsinn dieser vier Tage jezt zu leiden haben. Im Ruhrgebiet ist die Diktatur von rechts in die von links umgeschlagen, aber dort wächst die Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung. Die Waffen sind dort vielfach in die Hände von Leuten gelangt, für deren Treiben, Mord, Raub und Diebstahl ich keine Partei verantwortlich mache. Diese Zustände können nicht länger geduldet werden. Hoffentlich kommt die Besinnung in letzter Stunde. Weg mit der Verlogenheit. Wir haben keine Zeit, die Hände in den Schoß zu legen. Alle demokratisch Denkenden müssen zusammenstehen. Das Deutschland Ludendorffs und Lüttwigs hat endgültig abgemirtschaftet. Mit dem Bolschewismus macht man uns nicht lange. Wir lehnen ihn ab, aber die größte Gefahr kommt von rechts. (Lachen rechts.) Das Volk wird ein gerechtes Urteil fällen. (Lebhafte Beifall, Zwischen rechts, wiederholter Beifall.)

Das Regierungsprogramm der Sozialdemokratie.

Abg. Legien (Sozialdemokrat): Die sozialdemokratische Partei spricht der neuen Regierung ihr Vertrauen aus. Die Gewerkschaften einschließlich der unabhängigen Vereiner unter ihnen haben von den neuen Ministern nur die Anerkennung der sogenannten acht Punkte verlangt und waren im übrigen bereit, die neuen Minister zu unterstützen. (Hört, hört!) Wir hoffen, daß die Unabhängige Partei überhaupt auch einseht, was das wahre Interesse der Arbeiter liegt, und eine andere Haltung einnimmt. Wir verlangen von der Regierung, daß die Hochverräter gefaßt und ihre Vermögensverhältnisse festgestellt werden, um damit die Lebensmittel der Minderbemittelten zu beheben. Wir sind uns der Verantwortung bei der Aufforderung zum Generalstreik wohl bewußt gewesen, aber es handelte sich um Freiheit und Recht. Keine Regierung kann ohne Zustimmung der Arbeiter regieren. Auch Kapp verfuhrte mit den Arbeitern zu verhandeln und sie durch Versprechungen einzufangen. Die Gewerkschaften ließen sich weder fangen noch durch Drohungen einschüchtern. Der Generalstreik wurde fortgesetzt. Die Reichsregierung mußte umgestellt werden. Der republikanischen Arbeiterschaft mußte die Einnahm- und Ortswehr eingeräumt werden. Gegen die Haltung der Ballistiker mußte sich das Gefühl der Arbeiter empören. Der Kapp-Putsch hat die Lebensmittelpreise wieder hochgetrieben. Die Unternehmer müssen die Löhne erhöhen. Wo sie es nicht können, muß das Reich grundsätzlich eingreifen. Verhängnisvoll wäre es, wenn die Arbeiterschaft enttäuscht werden würde, wenn die Vereinbarungen nicht schnell und energisch durchgeführt würden. Es muß auch endlich Schluss gemacht werden mit der unsinnigen Agitation gegen den Bolschewismus. (Lachen und Lärm rechts.)

Reichswehrminister Geßler

fürchte dann aus, er werde versuchen, die Kluft schnell zu schließen, die der Kapp-Putsch in der Reichswehr geschaffen habe. Es handelt sich um ein Problem der Gestimmung. Die Verfechter der Verfassung müssen entfernt werden. Eine Untersuchungskommission ist eingesetzt. Das wir in den schweren Tagen auf einen Teil ganz zuverlässiger Truppen rechnen konnten, bleibt Roskes Verdienst. Daß er von einer Reihe von Offizieren getäuscht wurde, darunter muß die ganze Reichswehr leiden. Die Reichswehr muß nach der Säuberung auf breiterer demokratischer Grundlage aufgebaut werden ohne Gestimmungsmaßstabe. Den demokratischen Gesinnungen muß der ihnen gebührende Platz zukommen. Nachrichtenendienst und Klärungsbleistift in der Truppe selbst müssen verbessert werden. Jeder kostenmäßige Geiß des Heeres muß aufhören. Die Führerstellen müssen ebenfalls auch Demokraten offenstehen. (Beifall.)

Reichsminister Blund

ist mit, daß gegen Kapp, Jagow, Babst, Traub, Schiele, Brederick, Freiherrn v. Falkenhausen, Dege, v. Ledebow, Winterfeldt, Lindemann u. a. das Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet werde. Soweit die Benannten nicht in Haft sind, sind Steckbriefe erlassen. Das Vermögen ist beschlagnahmt, wegen der Verfolgung Traubs ist bei der Nationalversammlung Antrag eingegangen. Die Angelegenheit befindet sich bei den deutschen Gerichten. Wir müssen dazu Vertrauen haben. (Beifall.)

Regierungskrise in Dänemark.

Kopenhagen, 29. März. Der König forderte heute vormittag den Minister Zahlé nach einer längeren Besprechung über die nord-schleswigsche Politik der Regierung auf, daß die Regierung ihr Abschiedsgesuch einreichte. Zahlé lehnte dieses ab. Darauf erteilte der König dem Ministerium Zahlé den Abschied und beauftragte den Führer der linken Partei Neergaard mit der Bildung der neuen Regierung. Neergaard erklärte nach zweifelhafte Bedenkzeit sich außerstande, den Auftrag auszuführen. Darauf hat der König die bisherige Regierung, die Geschäfte weiterzuführen bis zur Bildung eines neuen Ministeriums, das von Zahlé abgelehnt wurde. Die bisherigen Regierungsparteien, die Sozialdemokraten und Radikalen, sind, da der Reichstag sich bereits in den Osterferien befindet, für morgen zu einer Parteikonferenz telegraphisch nach Kopenhagen berufen. „Sozialdemokraten“ veröffentlicht heute ein Extrablatt, das unter der Überschrift „Der König verübt einen Staatsstreich“ gegen das Vorgehen des Königs Stellung nimmt. Die Regierungskrise ist auf die Wählerleien der Konservativen und Liberalen zurückzuführen. Die gegen das Ministerium Zahlé auftraten, weil es in der nord-schleswigschen Frage für eine Verständigung mit Deutschland eingetreten ist.

Auf dem Amalienbergplatz versammelte sich im Laufe des Nachmittags eine Menschenmenge. Die Ordnung wurde aber durch die Polizei aufrechterhalten. In sozialdemokratischen und radikalen Kreisen sieht man die Lage als sehr ernst an.

Der „Vorwärts“ erfährt über die Vorgänge in Kopenhagen: Der König hatte sich vormittags mit seiner Familie aus Kopenhagen in eine nahe Provinzstadt begeben, kehrte aber infolge des Einpruchs der reaktionären Parteien gegen diese Flucht am Nachmittag wieder zurück. Der König wird bei dem urdemokratischen Charakter des dänischen Volkes den Streik möglicherweise mit seiner Absetzung zu beenden haben.

Englandfeindliche Kundgebungen in Dublin.

Die englischen Blätter bringen Einzelheiten über die Zusammenstöße zwischen britischem Militär und Zivilisten in Dublin am 22. März. Danach wurden 120 Mann des Grenadier-Regiments, die die englische Nationalhymne sangen, von der Menge angegriffen. Zwei Personen wurden durch Messerschläge getötet und fünf verwundet.

Das Schicksal Irlands und der Widerstand der Irisländer sollte der Entente und nicht zuletzt den jehänen bolschewistischen Machthabern eine Richtschnur für ihre deutsche Nationalitätenpolitik geben. Leider hat man aber trotz des Ergebnisses der Volksabstimmung die ganze erste schleswig-holsteinische Zone samt ihrem rein deutschen ländlichen Teil an Dänemark ausgeliefert. Nur Hønsbura und Umgegend hat man bei Deutschland behalten. Das letzte Wort in dieser Frage hat noch Paris zu sprechen. Wir hoffen, daß man dort an Irland und sein Schicksal und die künftige Last, die es für das überall herrschende England ist, denkt, ehe man das letzte Wort spricht. Diese Besetzung durch Irlands durch alle Jahrhunderte gegangenen Kämpfen erhoffen wir auch für die Behandlung der west- und ostpreussischen Abstammungsgebiete.

Wilson's Krieg gegen den Senat.

Der Präsident gegen den deutschen Sonderfrieden.

London, 27. März. Die „Times“ melden aus Washington: Wilson habe beschlossen, gegen einen etwaigen Senatsbeschluss, der den Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland für beendet erklärt, sein Veto einzulegen. Weiter wird gemeldet, Wilson werde sich weigern, über das Abkommen mit Österreich weiter zu unterhandeln, solange die innere Lage in Deutschland sich nicht gelärt habe.

Washington, 27. März. Der Ausbruch des Abgerundeten hoffes hat mit der Beratung eines Entwurfes begonnen, der es klärt, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland der Friedenszustand besteht. Man nahm schon an, daß der Anzögerliche Haltung in dieser Frage beibehalten und genehmigt werden würde. Jetzt ist man jedoch der Ansicht, daß dieser Vorschlag nicht juristisch bindend sei. Es wird erklärt, daß der neue Entwurf hauptsächlich die Aufhebung aller Kriegsbeschränkungen in der Gesetzgebung umfassen werde.

Ludendorff am Pranger.

Der frevelhafte Kapp-Putsch ist, wie immer deutlicher in Erscheinung tritt, zum großen Teil durch die frevelhaften Treibereien des berückeligen Ludendorff verursacht worden. Ludendorff, der Verberber der Deutschen, muß selbstverständlich seine blutbefleckten Hände am Spiel haben, wenn irgendwo ein inhumanes, reaktionäres Verbrechen gegen das deutsche Volk ausgeübt wird. Ehrgeiz und Machtgier lassen dieser Menschen, wenn es die Befriedigung solcher Gier gilt, anscheinend vor nichts zurückweichen.

Abonnements-Einladung

Am 1. April beginnt ein neues Abonnement auf die „Danziger Volksstimme“

In keinem Haushalt darf die Volksstimme fehlen. Unbekümmert um alle Angriffe von rechts und links tritt die Volksstimme für die Interessen der werktätigen Bevölkerung ein. Nutzen wir die Zeit aus und werben in allen Zusammenkünften neue Abonnenten.

Der Bezugspreis ist monatlich 4,50 Mk. frei ins Haus.

Bestellschein.

Bestelle hierdurch die „Danziger Volksstimme“ für den Monat April zum Preise von 4,50 Mk. frei ins Haus.

Vor- u. Zuname:

Wohnung:

Bitte recht deutlich schreiben und an die Geschäftsstelle Am Spendhaus 6 einzusenden.

Danziger Nachrichten.

Kampf den Grundstückswucherern.

Sämtliche Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung haben folgenden dringlichen Antrag an den Magistrat gerichtet:

„Die Unterzeichneten ersuchen den Magistrat auf den Erlaß eines Befehles hinzuwirken, durch das der unberechtigten Gewinn aus Grundstücksverkäufen bis zur äußersten Grenze steuerlich erfasst wird, mit Wirkung vom 1. April 1920.“

So sehr wir mit diesem Vorgehen einverstanden sind, so sehr bedauern wir, daß dieser Weg nicht schon viel früher beschritten worden ist. Mindestens müßte die Besteuerung rückwirkende Kraft erhalten. Wir arg hier in Grundstücken spekuliert worden ist, zeigt das Steigen des Verkaufspreises des Hotels „Danziger Hof“ in ungemein kurzer Zeit von einer Million auf 5 Millionen Mark. Der Verkauf der Passage für 8 Millionen Mark läßt ebenfalls gerade tief genug blicken. Hinzu kommt der Verkauf der bekannten Speichergrundstücke „Soli deo Gloria“. Zum blutigsten Hohn auf diese Bezeichnung: „Gott allein die Ehre“ wurden jene Speicher für 3½ Millionen Mark verkauft. Am Tage darauf wurde ein Teil davon, der mit 2 Millionen berechnet war schon für 4 Millionen Mark verkauft! Das ist nicht mehr Wucher, das ist die aus blinder Profitgier ins Wahnsinnige umgeschlagene Spekulation. Die Folgen machen sich im Hinaufstreben der Grundstückspreise und der Steigerung der Mieten für die Allgemeinheit geradezu katastrophal bemerkbar. Deshalb hätte längst zugegriffen werden müssen. Dann hätte sich dieser wilde Wucher unmöglich so ungeheuerlich ausdehnen können. Aber auch jetzt genügt die Besteuerung nicht gegen die Ueberfremdung des städtischen

Grund und Bodens. Es darf überhaupt kein Verkauf geduldet werden, den nicht eine amtliche Stelle billigt. Für Dirschau hat die polnische Behörde ausdrücklich bestimmt, daß nur solche Grundstücksverkäufe rechtmäßig sind, die von ihr bestätigt worden sind. Was in Dirschau möglich ist, muß in Danzig bei einigermaßen gutem Willen erst recht gemacht werden können. Deshalb fordern wir, daß in das neue Gesetz auch eine Bestimmung dieser Art aufgenommen wird.

Stadt. Reek und Danzigs Fleischversorgung.

Die Westpreussische Herdbuchgesellschaft wendet durch einen offenen Brief gegen Ausführungen, die Genosse Stadtverordneter Reek in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gegen die Viehpolitik der Gesellschaft richtete. Diese schreibt:

Auf Grund der Veröffentlichung über die Sitzung der letzten Stadtverordnetenversammlung haben wir festgestellt, daß Sie der Westpreussischen Herdbuchgesellschaft Viehversteigerungen vorwerfen und zwar auf Grund eines Vorkommnisses, daß 18 Tiere nach Oberschlesien ausgeführt wurden, die nachher sofort abgeschlachtet worden sind. Wir bemerken dazu, daß die Tiere von einem gewissenlosen Händler unter dem Namen eines Gutes in Oberschlesien gekauft worden sind und wir sowohl wie die Reichsleitung nicht wissen konnten, daß hier ein Verstoß vorlag. Wir weisen hiermit Ihre Anschuldigung ganz energisch zurück. Weiter sagen Sie, gerade das beste Vieh wird durch diese Auktionen dem Freistaat entzogen. Die Auktion hier in Danzig wird nicht nur von Rüchtern aus dem Freistaatsgebiet, sondern auch von unseren Mitgliedern aus dem Abstammungsgebiet und Pommerellen besucht. Glauben Sie denn, daß unsere Züchter so töricht sind und ihr bestes Vieh verkaufen? Das Gegenteil ist der Fall, gerade die alten, wenig Milch gebenden und schlecht vorerbenden Tiere sowie die jungen schlechten Tiere verkaufen wir nach nicht so anspruchsvollen Gegenden abzugeben, um dafür hochwertige Tiere einzuführen. So hat z. B. die Herdbuchgesellschaft einen Kaufvertrag für 150 erstklassige Färsen und 150 Kuhkälber nach Ostpreußen vergeben. Glauben Sie, daß Deutschland ohne Gegenleistung diese Tiere heranzieht? Polen ist von Zuchtvieh in den durch den Krieg verwüsteten Gebieten völlig entblüht und will seine Bestände hier aus der Hochzucht des Freistaates ergänzen. Es erklärt sich bereit, für das Vieh der Ausfuhr Ersatz an Schlachtwiech zu geben. Will man nun aus kurzfristigem Verbrauchersstandpunkt hier Schwierigkeiten machen? Der Freistaat dürfte u. G. ein sehr großes Interesse daran haben, daß dasjenige, was hier überhaupt produziert werden kann, in jeder Weise gefördert wird. Die Behauptung, daß die Auktionstiere 10 bis 15 Liter Vollmilch erhalten, ist ebenso alt als falsch. Wir bitten uns diejenigen Züchter namhaft zu machen, die dieses tun.

Wir verlangen nicht von Ihnen, daß Sie von den Lebensinteressen eines Hochzuchtgebietes eine Ahnung haben, wir können aber von Ihnen verlangen, daß Sie sich, ehe Sie in einer öffentlichen Sitzung derartig schwere Anschuldigungen erheben, vorher vergewissern, ob hier jemand und wen die Schuld trifft.

Die Herdbuchgesellschaft hat das allergrößte Interesse, daß ihre Auktionen völlig einwandfrei verlaufen und sie hat schon gleich nach der letzten Auktion beim Wirtschaftsamt Ergreifung von Maßnahmen beantragt, die die Scheiteltändler von unseren Auktionen fernhalten und sie wird auch vernünftige Maßnahmen dieser Behörde in jeder Weise unterstützen.

Da Genosse Reek sich in Ausübung seines parlamentarischen Mandats in Berlin befindet, kann er sich zurzeit zu diesen Darlegungen nicht äußern.

Politik der Auktionen.

Wenn einer großen Nachfrage nur unzureichende Angebote von Waren gegenüberstehen, entsteht die Frage, wer von all den Be-

gehrten soll die zu gewinnende Menge erhalten? In der freien kapitalistischen Wirtschaft, in der die Allgemeininteressen hinter den privaten Interessen zurückzutreten haben, gelangt das Ansehen der öffentlichen Versteigerung zur Anwendung, bei dem die kaputtträchtigsten Bewerber die Waren erhalten. Als Besitzer der Waren werden sie Monopolisten und sichern sich so mit Hilfe ihres Kapitals Monopolprofite.

Unsere ungeheure Teuerung, die den Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft herbeizuführen droht, ist dadurch entstanden, daß man die Monopolwirtschaft zu unerhörter Stärke sich hemmunglos hat entwickeln lassen, eine fehlerhafte, unsocialistische Politik hat die Verteilung der wichtigsten Rohstoffe und Produktionsmittel der öffentlichen Versteigerung überlassen. Pferde, Vieh, Haut, Leder, Wolle, Baumwolle, Metalle, Obst, vor allem das Holz werden meistbietend versteigert und zu geradezu phantastischen Preisen in den Produktionsprozeß gebracht. Denken wir ferner an die Versteigerungen des Hoerresgutes durch das Reichsfinanzministerium, dann wird auch dem Laien klar werden, warum alles so unerschwinglich teuer geworden ist.

Ein Kubikmeter gutes Möbelholz kostet heute bereits 5000 Mk. Nun wird man die Frage stellen, wie anders sollen denn also die zu geringen Materialmengen verteilt werden? In einer freien, kapitalistischen Wirtschaft gibt es allerdings keinen anderen Weg als den des Verkaufs an den Meistbietenden; aber in einer organisierten Wirtschaft, in der alle Produzenten zu genossenschaftlichen, einer Kontrolle unterworfenen Organisationen zusammengeschlossen sind, zu sozialistischen Trusts, können Rohstoffe und Materialien zu Produktionskosten der Verarbeitung zugeführt werden.

Wir können nur immer wieder die Frage aufwerfen, soll und muß es wirklich erst zum völligen wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch kommen, ehe man das tut, was schließlich doch einmal getan werden muß, nämlich die grundsätzliche Aenderung unseres Wirtschaftslebens?

Wer verteuert die Fische?

Die Fischdampferfahrer erhalten für ihre Fische nur die vom Wirtschaftlichen Verband der deutschen Hochseefischereien festgesetzten Preise, die für die Hauptverbraucherfische für das Pfund folgende sind:

Große Schellfische	175 Pfg.
Schellfisch II	140
Schellfisch III	120
Bratenschellfisch	105
Kablau, groß	145
Kablau, mittel	120
Kablau, klein	110
Scholle, groß	260
Scholle, mittel	210
Scholle, klein	125
Rotbarsch	120
Seelachs oder Koblisch	120
Langfisch	115
Kaisfisch	125

In diesen Preisen dürfen die Groß- bzw. Verbandsfischhändler einen Zuschlag von 35 Pfg. für Verpackung, Unfallsicherung, Antiseptika zur Behalt usw. erheben. Es kommt also für den Verbraucher lediglich noch die Fracht zum Bestimmungsort und den Zuschlag des Kleinhändlers hinzu. Wenn nun im Binnenlande, tatsächlich Preise von 4 Mk. für Schellfisch oder Kablau gefordert werden, so sind diese Preise, wie sich jeder Verbraucher nach Vorstehendem selbst ausrechnen kann, viel zu hoch. Die Käufer haben aber keine Möglichkeit, auf die Preise, die die Kleinhändler vom dem Verbraucher fordern, einzuwirken. Sache der Preisprüfungsstellen und Wucherämter dürfte es sein, dafür zu sorgen, daß Kleinhändler keine mangemessen hohe Aufschläge beim Wiederverkauf nehmen.

Der Schandfleck.

Eine Vorgeschichte von Ludwig Angergraber.

73) (Fortsetzung.)
Caspar betrachtete das leichte Bündel und sah lächelnd und kopfschüttelnd nach Veni. „Mein Seel, da drein nahm sie mit mehr mit, als sie auf den Hof gebracht hat.“
„Gi, so bind es auf und wieder zu und schaut, daß bald alles gerechelt ist. Ich lasse einspannen!“ Damit lief der Alte zur Tür hinaus und polterte die Treppe hinunter.
Im Hof sah er seinen Knecht an der Deichsel des unbespannten Wagens lehnen und mit der alten Sesterl plaudern.
„Hiell“, schrie er ihn an.
„Jo, Bauer.“
„Gast gefuttert?“
„Jo.“
„Gast gewassert?“
„Jo.“
„Dann spinn ein. Wir fahren gleich.“
„Schon recht.“
Und breit die Pferdeböden unter, daß sich das Eigen wieder anloht. Mußt zurucken, ich linn neben dir, denn wir nehmen die Furgerl und die Tirm mit.“
„Die Tirm?“ fragte Sesterl.
„No, da hast noch a recht's Einsehen, weiter Gadschobauer daß du die fortinnimt.“
„Sie linnit aber wieder zurück.“
„Zurück kommt sie wieder?“
„Ja, als Bäuerin auf dem Hof da.“
„Was saßt?“
„Als Bäuerin, sagt ich. Hört schon schlecht, alte Gadschobauer!“
„Ne!“
„Soll seinen Segen dazu geben. — mein! Ich weiß es eh.“
Er lehnte sich ab, trat in den Garten und überließ es der Alten und dem Knechte, sich in ihrer Weise zu wundern: — und niederschreitend, tat er es in der feinen. Er gedachte des Tages, an dem er sein Kind hierher verheiratete, der Jahre, die er es als junges Weib hier schaffen und schalten sah, und als er es heute, erkannt er sich, wie er durch den Lorchbogen mit der Tirm einfuhr, die man auf die Wirtschaft zu sitzen und zu hausen kommt, die sie nie mit keinem Auge gesehen, hätte er sie hoch zum Kommen beredet und auf seinem Gefährt zur Stelle geschafft, daß, als war ihm bestimmt, den Besonderen Hof mit Besonderen gebrachten

Indes sah Caspar oben im Dachstuhlchen rittlings auf einem Stuhl und sah zu, wie sie die Laden räumten und sich die Sachen zurechtlegten. Er verfolgte jede Bewegung Magdalena's, und so lieblich und ehrfurchtlich zugleich vom Ansehen und im Gehaben mußte er keine wie dieselbe, die seine Bäuerin sollte werden! Weder er, in seiner Herzfreudigkeit, noch sie, in ihrer frohen Geschäftigkeit, gedachten der Trennung über Hals und Kopf; sie schickten sich nur um ein paar Stunden früher in das, was sie mußten, und beachteten allein, für wie kleine Weile und kurze Zeit das wäre!

Oft sah Magdalena unter dem Herumtragen zu Caspar auf, und wenn sich die Wege begegneten, so lag in jedem etwas so wunderbar Freudiges, das die beiden Leute unwillkürlich lächeln machte. Ueber zwei Gegenstände, welche da zur Hand lagen, verständigten sie sich ohne Worte. Als Veni die Korallenkürschur vornahm, lächelte sie dabei schalkhaft und er spielte den Verlegenen und sah davor zur Seite, und als sie den Sonntagsspencer aufgriff, der Anlaß zu allem Gerede und freilich auch zu dem heutigen Entschluß gab, da lachte Caspar und winkte ihm freundlich grüßend mit der Hand zu, während sie sich zornig stülte, die Brauen zusammenzog und das feine Stück ein paar Mal schüttelte, ehe sie es — sonjamt zu den anderen legte.

Und wenn sie eine Weile über nur dem, was sie unter Händen hatte, zugewendet blieb und es dem Caspar dankte, sie hätte ihm schon zu lang kein liebes Aug gegodnt, da rief er sie an: „Bauer!“
Dann sah sie auf und sagte: „Ja, Caspar!“

Und wenn sie meinte, er hab ihr schon zu lang kein freundschaftlich Wort gegeben, da rief sie: „Caspar!“
Und er antwortete: „Ja, Bauer!“

Darüber trug es sich zu, als Magdalena das viel umfangreichere Bündel zuschnürte, daß Furgerl noch neben dem ihren kauerte, an dem erst zwei Zipfel des Einbindstüches verknötet waren, während sie ten dritten in der geballten Hand und den vierten trampfhaft zwischen den Jähnen hielt. „Was jetzt der Großvater vom Stur heranschiebe: „Seid's fertig! Wir wärra da!“ da schlang sie schnell den Knoten, raffte das Bündel auf und rannte zur Tür hinaus.

Veni warf sich das Bündel über den Rücken.
„Aber laß doch —“ sagte Caspar, in dem er auf sie zutrat, um es ihr abzunehmen.

Sie wehrte ab. „Gucke dir, was du tust, und da der Herr,“

Der Bauer mußte es nicht zu sagen und suchte auch keine Erklärung dafür, warum er sich scheute, an das Mädchen zu rühren und ihm das Bündel abzurufen, wobei er doch nur viel Spaß und wenig Mühe gehabt hätte. Er folgte ihr ruhig und gemessen nach.

Im Hausflur wartete die alte Sesterl und raunte dem zu: „Gruß dir auch schön! Und, gelt nein, mein Reden, daß der Tirm vermeint war, wird wer doch die Bäuerin mit nachtragen? Gelt nein?“

„Gewiß mit, Sesterl, halt es ja auch nit schlecht gemeint.“

Im Hofe sah sie das übrige Gefinde stehen, sie nickte ihnen alle, mancher mit hochgezogenen Augenbrauen und offenem Maul, es gab lauter erkantete Gesichter, aber kein unfreundliches, und als sie ihr Bündel dem Mathies übergab, da nickte er ihr fast verträglich zu. Volksgut hält sich, wie im Großen, so auch im Kleinen an den Erfolg und darin liegt ein gutes Stück gesunden Denkens, welches nur da falsch schießt und verderblich wird, wo der Erfolg in seinen Mitteln und Zwecken unmoralisch, oder der Person und der Sache nach ein unverständer ist. Alle die Magdalena abgünstig waren, seit es hieß, sie habe es auf den Bauer abgesehen, schienen jetzt anderen Sinnes, wo sie eben das erreicht hatte, was zu erstreben man ihr für äbel genommen.

Als sie nun, die Letzte, in den Wagen steigen sollte, da umschlang Caspar, wie von einer plötzlichen Wildheit erfaßt, die beiden Arme des Hüfte und Schwing die Erbschnecke auf den Sitz. Sie stieß einen letzten Schrei aus: „Hör, ich hab dich ja schon geiffen!“ flüsterte er. „Schau, ich komm mer nit helfen, anfassen muß ich dich und halten, auf daß ich glaub, daß du meinst bist, und auch da merkst, daß du mir nimmer austauscht.“

Sie reichte ihm, vor sich niederblickend, die Hand. Der Wagen setzte sich langsam in Bewegung und der Bauer schritt nebenher bis zum Tore. Dort sahen sich die beiden Scheidenden tief in die Augen und trennten zögernd die Hände. Man rief und winkte sich Abschiedsgrüße zu, bis das Wagengerassel die Rufe überdünnte und man sich an einer Straßentrännung sah aus dem Auge verlor. Der Bauer blieb hockend an der Stelle stehen, bis seine jedes Geräusch erhorchen war, dann kehrte er auf den Hof zurück und begann ein lustiges Schelten, geschäftiges Amwehen und tüchtiges Selbstzurechtfinden.

„Ah, halt ja!“ sagte hochlaut der Bauer, „halt fort ihr, das Leben!“

Danziger Nachrichten.

Danziger Straßenbahn-Skandale.

Heute wollen wir nicht von dem Skandal der ewigen Ueberfüllung der Wagen und von den entsetzenden Gerüchen der Fahrgäste reden. Der grimmigen Rot der Aktienmärkte seien diese Zeilen geweiht. Ihr Kräfte sind ja so entsetzlich zum Himmel, daß die Direktion der Danziger Straßenbahn-Aktien-Gesellschaft unter edelmütigster Berücksichtigung der Interessen des Allgemeinwohlens beim Magistrat bloß die Verdoppelung der Fahrpreise beantragt hat! Nicht eine Spur eigenartiger Interessen diktiert diesen Vorschlag, denn in der verletzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde er am nächsten von dem Kammerherrn der Stadt Danzig, Herrn Stadtrat Dr. Alfred Ewert, gegen Angriffe verteidigt. Die finanzielle Sachlage dieses Herrn steht ebenso lachselhaft, wie seine Autorität in allen Fragen der Wahrung des Allgemeinwohls, zu der er übrigens durch seine Anstellung ohnehin verpflichtet ist.

Bessern konnte man nun in der Generalversammlung der Aktionäre der Straßenbahngesellschaft an erster Stelle prüfen, welchen wirksamen Vertreter die städtischen Interessen in jenen Magistratsredner gefunden haben. Auch erhielt man hier die besten Anzeichen dafür, wie groß der Notstand der Gesellschaft ist. Im Sitzungssaal der „Danziger Privat-Aktien-Bank“, Langgasse 34, tagte man von 4 Uhr nachmittags ab noch keine volle Stunde. Um so schwerwiegender war, was man in dieser knappen Zeit stets mit übergrößer Mehrheit beschloß. Nur ein einziger Aktionär, der Kaufmann Steinbrück, wendete sich gegen die Diktate der Vertreter der Großbanken und auswärtigen Elektrizitäts-Konzerne. Noch schwebt die Vorlage um Erhöhung der Fahrpreise und hier sah man hinter den Kulissen Beschlässe, als ob die Gesellschaft im Golde schwimmt. Das Aktienkapital beträgt 5 Millionen Mk. und soll auch für das Jahr 1920, trotz des Notstandes der Gesellschaft, wieder die Entbehrungsdividende von 7 Prozent erhalten. Um das zu begreifen, fielt sich hochinteressant, was der Bericht des Vorstandes ohne Zahlenblender über das Betriebsergebnis zu erzählen weiß. Danach ist der Betrieb im Betriebsjahre auf behördliche Anordnung zur Verminderung des Stromverbrauches weiter erheblich eingeschränkt worden. Von Mitte Januar 1919 ruhte der Betrieb im Innern der Stadt überhaupt, während er auf den Vorortlinien mit 80 Prozent Beschränkung durchgeführt wurde. Trotzdem ergab sich folgendes Betriebsergebnis: Die Zahl der Wagenkilometer ging nur von 5 265 874 im Jahre 1918 auf 4 295 320 um 970 554 oder 18,43 Prozent zurück. Die Zahl der beförderten Personen sank sogar nur von 36 764 620 auf 33 205 994, also bloß um 9,68 Prozent. Das heißt, für die in beiden Jahren im Betriebe gebliebenen Vorortlinien ergab sich eine Zunahme der Benutzung um 8,75 Prozent! Bemerkenswert ist auch, daß die Zahl der Abonnenten von 29,29 auf 34,21 Prozent der Fahrgäste stieg.

Die Einnahmen aus dem Bahnbetriebe erbrachten, einschließlich der Verkehrssteuer, 5 507 874,79 Mark. Sie liegen gegen das Jahr 1918, trotz des Stillstehens der Stadtkassen, um 1 658 051,92 Mark oder nicht weniger als 43,07 Prozent! Die Einnahme liegt pro Wagenkilometer von 73,11 Pf. auf 128,23 Pfennige! Danach gehört schon mehr als — Mut dazu, obwohl der eingeschränkte Betrieb in jedem Falle doch nur vorübergehender Natur ist, noch eine so ungeheuerliche Erhöhung der Fahrpreise zu fordern, die doch erst vom 1. April 1919 um 80 Prozent gesteigert worden sind! Der Rohüberschuss stellt sich hiernach auf nicht weniger als 1 708 888,71 Mark und der Reingewinn auf 891 175,55 Mark.

Wie die Direktion und die Großaktionäre die finanzielle Tragkraft der Gesellschaft — oder vielleicht die Intelligenz der Danziger Stadtverordneten? — einschätzen, beweisen die folgenden Beschlässe, durch die man das Gesellschaftsstatut ändert. Es handelt sich also um Dauerbelastungen und nicht etwa um schädliche Leuzungsleistungen. Die durchweg armen Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten schon bisher neben dem Ertrag sämtlicher Auslagen und einer Lantiane, die für 1919 für die 7 Herren insgesamt 9 365,15 Mark, für jeden also bloß 1340 Mark betrug, noch eine als Verwaltungskosten berechnete feste Vergütung von 5000 Mark jährlich. Diese Vergütung hat man gestern auf jährlich 10 000 Mark rückwirkend für 1919 erhöht. Ueberdies kann der Aufsichtsrat, was er bisher schon durfte, seinen Mitgliedern für Bewahrung in bestimmten Funktionen aus Gesellschaftsmitteln auch weiterhin noch besondere Vergütungen bewilligen! Ferner beschloß man die Erhöhung der regelmäßigen Dividende des Aufsichtsrates von 6 auf 10 Prozent! Jeder Aufsichtsrat erhält also für 1919, neben dem Ertrag der Auslagen, 11 340 Mark. Selbstverständlich wird dieser Betrag auch an das Aufsichtsratsmitglied Stadtrat Dr. Alfred Ewert, Kammerherr der Stadt Danzig gezahlt. Seine sachkundige Beurteilung der Erhöhung der Straßenbahnpreise kann dadurch auch unter keinen Umständen leiden.

Von dem so preisgekrönten Aufsichtsrat erwartet man in Zukunft aber auch goldene Ernten für die Aktionäre. Deshalb erhöhte man in aller Bescheidenheit den staintarischen Dividendenfuß von 4 auf 7 Prozent!

Für heute mag es genug sein mit diesem Bild in eine kapitalistische Gegenlichte. Was wir hier feststellen konnten, schreit vor allem nach einer wirksamen Vertretung der Stadt im Aufsichtsrat der Gesellschaft. Vor allem müssen die Besätze des städtischen Vertreters im Aufsichtsrat, heute also die des Stadtrates Dr. Ewert, in die Stadtkasse fließen. Dann aber muß ganz ersichtlich die Verschärfung der Straßenbahn zur Verbesserung der privatrechtlichen Ausbeutung des Verkehrs betrieben werden.

Danzigs neue Verfassung.

Der Untersuchungsausschuß des Verfassungsausschusses zur Vorbereitung der neuen Verfassung des Danziger Freistaates, des neuen Verfassungsausschusses, hat gestern die erste Sitzung der Verfassungsausschusses.

beendet. Die nun in erster Lesung fertig vorliegende Danziger Verfassung soll in nächster Zeit veröffentlicht werden. Der Ausschuss hat sich nach Erledigung dieses wichtigsten Teiles seines Auftrages auf unbestimmte Zeit vertagt.

Bei den gestrigen Verhandlungen fiel es besonders auf, daß die Vertreter der Unabhängigen durch Abwesenheit glänzen. Dabei handelte es sich um die wichtigsten Grundrechte, die die Arbeiterschaft in erster Linie betreffen, abschließend zur Beratung. Durch ihr Fehlen verhalten die Unabhängigen mehrfach reaktionären Vorschlägen, entgegen sozialdemokratischen Entwürfen, zur Annahme! Vor allem machte sich das bei der Frage der Anerkennung der Arbeiterorganisationen bemerkbar. Mit Stimmentzettel wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt. Mit der Stimme des abwesenden Unabhängigen wäre er angenommen worden und damit die gesetzliche Anerkennung der Organisationen im Danziger Freistaat geschicktes Recht geworden. Wollte man dies nicht von gewisser immer „revolutionärer“ Seite diesen Fortschritt deshalb nicht, um besser gegen die „Danziger Hochmut der Reaktion“ und ihre Unterstützung durch die „Scheingewerkschaften“ räumen zu können? Die Danziger Arbeiterschaft wird gegen diese Verschönerung an ihren wichtigsten Interessen bei der Wahl zum Kollektiv die notwendige Antwort geben!

Neue Fahrpreise im Vorortverkehr.

Die seit längerer Zeit geplante Fahrpreiserhöhung im Eisenbahn-Vorortverkehr auf den Strecken Danzig—Goppot, Danzig—Neufahrwasser und Danzig—Prant ist endgültig am 1. April in Kraft. Die Preise für Einzelfahrten, einöf. Rückfahrkarten, sind um 50 Prozent, die der Monatskarten für Erwachsene und Schüler um 75 Prozent erhöht. Nach der neuen Fahrpreiskombination werden Nebenarten nicht mehr ausgegeben. Außerdem gelangen Hundekarten zur Ausgabe, die nach Goppot und Prant 1,20 Mk., nach allen anderen Orten 90 Pf. kosten. Die Fahrabfertigung beträgt, unabhängig von der Entfernung, auf allen Strecken 2 Mk. Bahnsteigkarten kosten 50 Pf.

Die Preise im Monats- und Wochenverkehr sind fortan folgende:

Von Danzig nach	Einzelfahrkarte			Monatskarte			Wochenkarte		
	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.
Bräsen	1.40	0.90	0.60	25.60	16.70	2.70			
Langfuhr	1.20	0.70	0.40	16.30	10.50	2.00			
Neufahrwasser	1.70	0.90	0.60	28.90	18.90	3.00			
Reichskolonie	1.20	0.70	0.40	16.30	10.50	2.00			
St. Albrecht	1.70	0.90	0.60	28.90	18.90	3.00			
Guteherberge	1.40	0.90	0.60	25.60	16.70	2.70			
Neuschottland	1.20	0.70	0.40	16.30	10.50	2.00			
Dhra	1.20	0.70	0.40	16.30	10.50	2.00			
Oliwa	2.10	1.20	0.85	32.10	21.00	3.40			
Prant	2.30	1.40	0.90	40.50	26.30	4.10			
Saße	1.20	0.70	0.45	19.30	12.60	2.00			
Goppot	2.30	1.40	0.90	40.50	26.30	4.10			

Eine Änderung im Fahrplan ist nicht eingetreten. Auf allen Strecken verkehren die Züge wie bisher. Die Ausgabe eines gedruckten Fahrplanes ist für die nächste Zeit nicht zu erwarten.

Magistratische Beamten- und Angestelltenfürsorge.

Gestern fand im Vertspleißhaus eine stark besuchte Versammlung der Kommunalbeamten und Angestellten des Magistrats statt, in der gegen die vom Magistrat beabsichtigte Einführung der geteilten achtstündigen Dienstzeit in den Geschäftsstellen Stellung genommen wurde. Als Grund für die völlig unsoziale Maßnahme gab der Magistrat die Notwendigkeit der Produktionssteigerung an. Auch sollten die Beamten den Arbeitern mit gutem Beispiel vorangehen. Diese Gründe wurden von den Versammlungsteilnehmern nur als Vorwand angesehen für die Bequemlichkeit einiger oberer Herren, die bei ihrem Nachmittagsdienst noch gerne einen Stab von Beamten um sich hätten. Die Versammlung, die sehr stürmisch verlief und in der immer wieder zum Ausdruck kam, daß man sich auf keinen Fall das Einmischen des Magistrats zu eigen machen wolle, nahm einstimmig eine dementsprechende Resolution an. Die Beamten- und Angestelltenausschüsse erhielten den Auftrag, den Magistrat noch mündlich auf die Folgen aufmerksam zu machen, die bei Einführung seiner Verfügung eintreten würden.

Gestohlene Herrenstoffe. Als gestohlen angehalten ist von der Kriminalpolizei ein Ballen Herrenstoff (nicht von dem Einbruchsdiebstahl von Raiffeisen stammend). Etwaige Bestohlene wollen sich bei der Kriminalpolizei melden.

Die Beamten- und Angestellten fürsorge. Gestern fand im Vertspleißhaus eine stark besuchte Versammlung der Kommunalbeamten und Angestellten des Magistrats statt, in der gegen die vom Magistrat beabsichtigte Einführung der geteilten achtstündigen Dienstzeit in den Geschäftsstellen Stellung genommen wurde. Als Grund für die völlig unsoziale Maßnahme gab der Magistrat die Notwendigkeit der Produktionssteigerung an. Auch sollten die Beamten den Arbeitern mit gutem Beispiel vorangehen. Diese Gründe wurden von den Versammlungsteilnehmern nur als Vorwand angesehen für die Bequemlichkeit einiger oberer Herren, die bei ihrem Nachmittagsdienst noch gerne einen Stab von Beamten um sich hätten. Die Versammlung, die sehr stürmisch verlief und in der immer wieder zum Ausdruck kam, daß man sich auf keinen Fall das Einmischen des Magistrats zu eigen machen wolle, nahm einstimmig eine dementsprechende Resolution an. Die Beamten- und Angestelltenausschüsse erhielten den Auftrag, den Magistrat noch mündlich auf die Folgen aufmerksam zu machen, die bei Einführung seiner Verfügung eintreten würden.

Unfall auf dem Kleinbahnhof. Auf dem hiesigen Kleinbahnhof ereignete sich gestern früh 5 1/2 Uhr ein Unfall. Der Lokomotivführer einer zur Abfahrt bereitstehenden Zuges hatte die Lokomotive für kurze Zeit verlassen, um geschäftlich zu erledigen. Während dieser Zeit setzte sich die Lokomotive durch einen bis jetzt unangelegten Schalter in Bewegung, und zwar nach rückwärts in der Richtung der Kneipeder Brücke. Der Treibrod wurde aberkannt und zwei vor dem Treibrod stehende Gütermägen bis auf die Straße gedrückt. Die Lokomotive selbst blieb am Treibrod stehen. Verletzt wurde glücklicherweise niemand.

Der finanzielle Abschlag der Danziger Messe.

In der hiesigen Presse ist wiederholt in einziger Richtung hervorgehoben worden, daß die Danziger Geschäftsleute mit einem

Anteil von mehreren 100 000 Mark zum Schaden der Stadt abgezogen habe. Wie aus die Mitteilung hierzu mittell, entspricht diese Nachricht nicht den Tatsachen. Die Messe hat im Dezember ein Plus zu Gunsten der Stadt in Höhe von 300—400 000 Mark ergeben.

Koch dieser Mitteilung ist es unso unangenehm, wie die Gerüchte überhaupt entstehen konnten. Es wäre aber sehr zweckmäßig, wenn der Magistrat auch eine Ueberprüfung der Lebensmittelversorgung der Messebesucher der Danziger Bevölkerung übergeben würde. Tamsch hieß es, daß es dem Magistrat gelungen sei, für die Messebesucher Fleisch aus dem Ausland einzuführen. Die Maßnahme, die den Messebesuchern zu Teil wurde, sollte die einheimische Bevölkerung erst recht genießen.

Zwangsvoller Ausbruch von Getreide.

Am 25. März bei dem Besitzer Wössner aus Roggenhohl hat. Trotz wiederholten Hinweises konnte sich W. nicht dazu bewegen, seine Pflicht zu erfüllen. Auch der Polizeikommissar W. nicht ab. Das Gerichtskommissar hat sich aus diesem Grunde gezwungen, den Zwangsausbruch in Roggen vorzunehmen. Dem Besitzer Wössner wurde von den Beamten der Ueberwachungsabteilung, die diesen Ausbruch beaufsichtigten, alles abgefahren. Herr Wössner selbst wird Prozentsatz erhalten. Nur das Deputatgetreide für seine Ernte ist W. belassen worden.

Prüfung von Dampfmaschinen-Maschinen 1.—4. Klasse. In der am 7. April beginnenden Prüfung Maschinen unter Leitung der vorgeschriebenen Kommissar um. Spätestens bis zum 3. April d. J. an den Vorsitzenden der Prüfungskommission für Seerdampfmaschinen hierseits (Reugarten 12—16, Reugartengebäude) portofrei einzuliefern.

Verfälschte Schreibmaschinen-Druckblätter. Bei einem verurteilten Einbruchsdiebstahl Weichmündentischengasse wurde der Arbeiter Franz Wigowski aus Stadtgebiet festgenommen. In seiner Begleitung befand sich noch ein Arbeiter, dem es aber gelang zu entfliehen. Sie hatten die Absicht, vor allen Dingen Schreibmaschinen zu stehlen.

Desgleichen gelang es, den Arbeiter Albert Behrendt, Jungferngasse 10, und den Kellner Theodor Jädel, ohne Wohnung, festzunehmen, als sie im Begriffe waren, in das Geschäft von Hahn u. Bödel, Langgasse 72, einzubrechen, um Schreibmaschinen zu stehlen. Hierzu hatten sie einen bei Hahn u. Bödel befindlichen Gehilfen zur Mithilfe gebungen, dem sie bereits 600 Mk. für seine Mithilfe geboten hatten. Es gelang aber, die Täter vor Ausführung der Tat festzunehmen.

Gestohlene Herrenstoffe. Als gestohlen angehalten ist von der Kriminalpolizei ein Ballen Herrenstoff (nicht von dem Einbruchsdiebstahl von Raiffeisen stammend). Etwaige Bestohlene wollen sich bei der Kriminalpolizei melden.

Diebstahl an Zigarren. Als gestohlen angehalten: Drei Posten Zigarren, Marken Truffa, Florenzita und Regalbow. Auskunft am Zimmer 7 des Polizeipräsidiums.

Polizeibericht vom 30. März 1920. Verhaftet: 10 Personen, darunter 5 wegen Diebstahls und 5 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 schwarzes Portemonnaie mit 1 Pfennig, einer Reichsmark, Polzeibuch mit Spiegel; 1 Korallenkette; abgehoben aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums. 1 schwarzes Portemonnaie mit Geld, Zunderkarten und 1 Zettel auf den Namen M. Stork lautend, abgehoben von Frau Maria Jordan, Kollnische 8 c. 1 weiße Eisenbroche, abgehoben von Fel. Ruth Klaffen, Schießgasse 2. 1 goldenes Kettenarmband, abgehoben von Frau Antonie Dirsch, Chra, Volksgang 6. Die Empfangsberechtigten wollen sich zur Geltendmachung ihrer Rechte innerhalb eines Jahres im Fundbureau des Polizeipräsidiums in der Zeit von 9 bis 1 Uhr vormittags beim den genannten Findern melden.

Standesamt.

Todesfälle: S. d. Schlossers Johannes Ginz, 3 W. — Invalide Johann Wollastewitsch, 69 J. 1 M. — Privatier Friedrich Peritz, 74 J. 2 M. — Kaufmann Georg Fißler, 46 J. 1 M. — S. d. Kaufmanns Johannes Eudowiat, 3 W. — Arbeiter Julius Paehle, 61 J. 5 M. — Wirtschaftlerin Luise Warde, 44 J. 4 M. — Kandidat der Philosophie Bernhard Behmann, 27 J. 2 M. — T. d. Beamtenstellvertreter Otto Grisch, 1 Tag. — Grenadier im Reserve-Infanterie-Regiment 201 Paul Gengerich, 33 J. 4 M. — Arbeiter Reinhold Langman, 65 J. 5 M. — Superintendent a. D. Paul Schulte, 71 J. — Unschuldig 1 S. und 1 S. toge.

Wasserstandsnotizen am 20. März 1920.

Ort	gestern heute	Ort	gestern heute		
Thorn	+3,36	+3,26	Dielitz	+3,60	+3,60
Ferdon	+3,18	+3,18	Dirschau	+3,90	+4,04
Quin	+3,10	+3,18	Einslage	+3,04	+4,16
Braubenz	+3,18	+3,32	Schleusenort	+2,74	+2,76
Karzigbrück	+3,51	+3,61	Wolfsdorf	+0,24	+0,16
Montauer Spitze	+3,43	+3,60	Knawach	+1,00	+1,03

Letzte Nachrichten.

Die dänische Krise und der Generalstreik.

Kopenhagen, 30. März. Die „Berlingske Tidende“ mitteilt, hat der König den Anwalt beim Reichsgericht Liebe beauftragt, ein Geschäftsministerium zu bilden, das den Auftrag hat, Neuwahlen zum Reichstag auszusprechen. Zum Ministerpräsidenten ist der dänische Gesandte in London, Kammerherr Prezentow-Castenskiöld anzufragen. Die radikalen Linksparteien veröffentlichen gestern einen Aufruf, in dem sie die Verabschiedung der Minister als eine Drohung gegen die politische Ruhe bezeichnen.

Die Zeitung der Gewerkschaften beschloß mit Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsgruppe, daß der König durch die Entlassung des Ministeriums einen Verfassungsverstoß begangen habe. Das bisherige Ministerium müsse wieder eingesetzt und der Reichstag zur Auflösung des Reichsgesetzes einberufen werden. Wird diesen Forderungen nicht bis Dienstag 9 1/2 Uhr entsprochen, soll der Generalstreik erklärt werden. Der König hat zugefagt, rechtzeitig zu antworten.

Außlands Friedensangebot an die Entente.

„Newport American“ veröffentlicht ein drablos eingegangenes Angebot des russischen Vertreters Litwinoff an die Entente, ein Friedensangebot an die Nationen der Welt. Darin wird u. a. gesagt, man wolle christlichen Frieden auch mit Polen, könne jedoch nicht zulassen, daß Polen unter dem Vorwande des Kampfes gegen den Bolschewismus große russische Grenzgebiete einheimse.

Chefbedakteur Adolf Bartel.

Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den empfindlichen Teil und die Anzeigenverwaltung Carl Bopp. Die Danziger Zeitung ist im Besitz von Carl Bopp. Druck und Verlag J. G. M. & Co., Danzig.

